



Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend das Agglomerationsprogramm Langenthal; Beantwortung

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Text der Interpellation

"Agglomerationsprogramm Langenthal"

In seiner Stellungnahme zu meinem am 20. August 2012 eingereichten Postulat «Industrie- und Gewerbe-land auf dem Gebiet vom Untersteckholz» weist das Stadtbauamt, bzw. der Gemeinderat auf folgende objektiv technische Anforderungskriterien hin, die für die Erschliessung von Bauland für die Industrie und das Gewerbe gelten:

- Verkehrliche Erschliessung
- Technische Erschliessung
- Erreichbarkeit
- Topografie
- Bodenbeschaffenheit

In der Stellungnahme wird weiter ausgeführt, dass alle diese Anforderungen kumulativ erfüllt sein müssen, damit ein Gebiet sich für eine industriell-gewerbliche Nutzung eignet.

Es ist zu befürchten, dass bei Anwendung dieser Kriterien auf dem ganzen Gebiet der Stadt Langenthal kaum mehr Reserven für die Erschliessung von Gewerbe- und Industrieland zur Verfügung stehen.

Will die Stadt Langenthal weiterhin als Wirtschaftszentrum gelten, so müssen auch in Zukunft Bauzonen für Industrie- und Gewerbe erschlossen werden. Ansonsten droht Stagnation und die Abwanderung von Arbeitskräften.

Im Agglomerationsprogramm der Stadt Langenthal, das sich momentan auf nationaler Stufe in der Genehmigungsphase befindet, ist diese Thematik mit einer hohen Priorität enthalten. Ebenfalls ist dieses Thema im Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) enthalten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Welches ist der aktuelle Stand des überkommunalen Projekts «Arbeitsregion Langenthal» das vom Bundesamt für Raumentwicklung ARE unterstützt wird?*
2. *Haben alle beteiligten Gemeinden im Projektperimeter die entsprechende Absichtserklärung verabschiedet?*
3. *Falls nein, welche Gemeinden sind dies und was unternimmt der Gemeinderat von Langenthal diese ins Boot zu holen?*
4. *Wie ist der Stand im Pilotprojekt zwischen den beiden in dieser Sache federführenden Gemeinden Thunstetten und Langenthal?*
5. *Welchen Stellenwert will der Gemeinderat diesem Projekt in der neuen Legislatur beimessen?"*

Rudolf Lanz und Mitunterzeichnende

2. Beantwortung der Fragen:

1. *Welches ist der aktuelle Stand des überkommunalen Projekts «Arbeitsregion Langenthal» das vom Bundesamt für Raumentwicklung ARE unterstützt wird?*

Die Region Oberaargau hat den Bericht "Arbeitszone Langenthal", welcher zugleich als Basisgrundlage für die Absichtserklärung der Gemeinden zur Gründung und Beitritt zur geplanten Arbeitsregion dient, den Gemeinden Aarwangen, Bannwil, Bleienbach, Lotzwil, Obersteckholz, Roggwil, Schwarzhäusern, Thunstetten und Wynau sowie der Stadt Langenthal zur Vernehmlassung zugestellt. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis Ende August 2011. Der Mitwirkungsbericht liegt seit Ende Dezember 2011 vor.



Die Region Oberaargau führte aufgrund der eingegangenen Rückmeldungen mit Aarwangen und Thun-
stetten im Nachgang je ein Gespräch. Die beiden Gemeinden äusserten sich darauf erneut schriftlich
zur gemeinsamen Bodenpolitik.

2. *Haben alle beteiligten Gemeinden im Projektperimeter die entsprechende Absichtserklärung verab-
schiedet?*

Die Region Oberaargau fasste die Antworten der Gemeinden sowie der Stadt Langenthal im Vernehm-
lassungsbericht, "Arbeitsregion Langenthal" vom Dezember 2011, zusammen. Im Grundsatz sind die
Gemeinden Bannwil, Bleienbach, Lotzwil, Obersteckholz und Wynau sowie die Stadt Langenthal mit der
generellen Stossrichtung einverstanden. Die Gemeinde Thunstetten begrüsst das Vorhaben, kann aber
aufgrund von offenen Fragen und zurzeit fehlenden nachvollziehbaren Argumenten der Region Oberaar-
gau keine Absichtserklärung zustellen. Die Vertreter von Thunstetten zeigen jedoch Interesse an der
Prüfung der Machbarkeit einer überkommunalen Arbeitszone mit der Stadt Langenthal.

Eher kritisch zur "Arbeitszone Langenthal" äusserten sich die beiden Gemeinden Aarwangen und Rogg-
wil, im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens. Letztere kann sich "weder rational noch emotional mit den
vorliegenden Ergebnissen identifizieren". Die Gemeinde Aarwangen ihrerseits formulierte Bedenken,
was das zusätzliche Verkehrsaufkommen mit der Ausscheidung neuer bzw. Erweiterung der bestehen-
den Industrie-/Gewerbegebiete in der Region anbelangt. Nach einer Sitzung mit der Region Oberaargau
unterschrieb auch die Gemeinde Aarwangen im Januar 2012 die Absichtserklärung.

3. *Falls nein, welche Gemeinden sind dies und was unternimmt der Gemeinderat von Langenthal diese ins
Boot zu holen?*

Die Gemeinden Thunstetten und Roggwil unterzeichneten auf Basis des vorliegenden Schlussberichtes
keine Absichtserklärung betreffend die Gründung und den Beitritt zu einem Netzwerk "Arbeitsregion
Langenthal". Die Gemeinde Thunstetten zeigt jedoch Interesse an der Prüfung der Machbarkeit einer
überkommunalen Arbeitszone im Rahmen des Grundlagenpapiers mit der Stadt Langenthal (Pilot). Die
Stadt erachtet eine überkommunale Arbeitszone mit der Gemeinde Thunstetten ebenfalls als prüfens-
wert und hat dies der Nachbargemeinde bereits signalisiert. Auf präsidialer Ebene fanden zwischen den
beiden Gemeinden bereits erste Gespräche statt, worauf der mögliche Standort im Rahmen des
Projekts Innovation und Raum der Hauptstadtregion Schweiz unter dem Schwerpunkt 'Arbeiten'
eingegeben wurde. Im Weiteren ist die Absicht zur Schaffung einer regionalen Arbeitszone auch im
Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept der Region Oberaargau (RGSK Oberaargau) be-
hördenverbindlich enthalten.

4. *Wie ist der Stand im Pilotprojekt zwischen den beiden in dieser Sache federführenden Gemeinden Thun-
stetten und Langenthal?*

Als Örtlichkeit für das Projekt anbietet sich derjenige Teil des Wolfhusenfelds, welcher zwischen den
beiden Eisenbahnlinien liegt. Die involvierten Flächen liegen dabei mehrheitlich auf Thunstetter Seite,
können zweckmässig aber nur von Langenthal her erschlossen werden. Die Region Oberaargau
begrüsst das Vorhaben und wird zusammen mit den beiden Gemeinden die weiteren Schritte festlegen.
Als beratende Begleitung ist hierfür die Agglomerationskonferenz Langenthal der Region Oberaargau
vorgesehen. Diese hat jedoch beschlossen, dass die initiiierenden Schritte bezüglich des Pilots
Thunstetten-Langenthal von den beteiligten beiden Gemeinden zu erfolgen haben.

5. *Welchen Stellenwert will der Gemeinderat diesem Projekt in der neuen Legislatur beimessen?*

Der Gemeinderat misst dem Pilotprojekt "Arbeitszone Langenthal" in der neuen Legislatur einen be-
deutenden Stellenwert zu. Besonders vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Bodennutzung sowie der
bestmöglichen Erschliessung von neu auszuscheidenden Gewerbe- und Industrieflächen ist es
unerlässlich, die Machbarkeit für eine überkommunale Arbeitszone zu prüfen. Der Gemeinderat ist sich
dabei bewusst, dass mit diesem Projekt Neuland betreten wird und dies ein Umdenken auf politischer
sowie Verwaltungsebene voraussetzt. Bei der Umsetzung soll dabei nicht nur der wirtschaftliche Erfolg
des Vorhabens, sondern auch das Gelingen einer überkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der
Bodenpolitik im Vordergrund stehen.

Berichterstattung: keine (schriftliche Beantwortung)



Gemeinderat

Bericht für die Stadtratssitzung am 18. März 2013

Traktandum Nr. 11

Hinweis: **Art. 38 Abs. 4 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation):

⁴ Nach der Beantwortung durch den Gemeinderat erhält die Interpellantin bzw. der Interpellant Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und kann erklären, ob sie bzw. er von der erhaltenen Antwort befriedigt sei oder nicht. Eine weitere Diskussion findet nur statt, wenn der Rat eine solche beschliesst.

Langenthal, 20. Februar 2013

IM NAMEN DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Thomas Rufener

Der Stadtschreiber:

Daniel Steiner